



# PUA

über die  
1. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses  
am Donnerstag, dem 03.02.2011  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend

## SPD

Herr Thomas Blaschke  
Herr Andreas Friedhoff  
Herr Dieter Hartig  
Frau Petra Hartig  
Frau Renate Jung  
Herr Klaus Kasperidus  
Herr Martin Köhler  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Frau Ursula Müller  
Herr Klaus Slomiany  
Herr Udo Theimann  
Herr Theodor Wältermann

## CDU

Herr Karsten Diederichs-Späh  
Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Heinrich Kissing  
Frau Susanne Middendorf  
Herr Ernst-Dieter Standop

## Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel  
Frau Justine Schleier

## FDP

Frau Heike Schaumann

## DIE LINKE / GAL

Herr Gerrit Naujoks

fraktionslos

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Planungs- u. Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper

Frau Dip.-Ing. Anika Michalik

Herr Gerhard Zielke

Verwaltung

Herr Matthias Breuer

Herr Reiner Brüggemann

Frau Monika Holtmann

Frau Ulrike Klein

Herr Uwe Liedtke

Herr Jens Neunert

Gäste

Herr Thomas Ressel, stellv. Geschäftsführer ZRL

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili

Frau Marion Dyduch

Herr Hans-Dieter Heidenreich

Herr Herwig Rabeneck

Frau Ina Scharrenbach

Frau Anke Schneider

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Auf die in der Niederschrift hingewiesenen Präsentationen zur Sitzung am 03.02.2011 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden. Auch der in der Sitzung verteilte Initiativantrag der CDU-Fraktion ist in das Ratsinformationssystem eingestellt und ist darüber einzusehen.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die zahlreichen Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann verpflichtete Herr **Lipinski** Frau Justine Schleier als sachkundige Bürgerin des Planungs- und Umweltausschusses, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen. Frau **Schleier** nahm die Verpflichtung an.

Der Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses schlug aufgrund der zahlreichen Zuhörer zum Tagesordnungspunkt 5 vor, diesen als Tagesordnungspunkt 1 vorzuziehen. Die Mandatsträger stimmten dieser Änderung der Tagesordnung zu (TOP 1 neu: Änderungsantrag der GWA „Umladestation für Hausmüll“ in Heeren-Werve, Mühlhauser Straße – Sachstandsbericht der Verwaltung).

Herr **Kissing** stellte den Antrag zur Tagesordnung, die bisherigen TOP 1 (neu TOP 2) und TOP 2 (neu TOP 3) zusammenfassend zu beraten. Außerdem übergab er einen Initiativantrag der CDU an Herrn Lipinski, der diesen Antrag an die einzelnen Mandatsträger verteilen ließ.

Der Änderung der Tagesordnung wurde zugestimmt.

#### **A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Änderungsantrag der GWA "Umladestation für Hausmüll" in Heeren-Werve, Mühlhauser Straße Sachstandsbericht der Verwaltung	
2	Aktueller Sachstand der Angebotsplanungen im Schienenkorridor Dortmund - Hamm - Kamen Bericht von Herrn Ressel, stellvertretender Geschäftsführer ZRL (Zweckverband Ruhr-Lippe)	
3	Stellungnahme der Stadt zum Nahverkehrsplan NWL (Nahverkehr Westfalen-Lippe)	002/2011
4	Umbaumaßnahmen Kamener Bahnhof (Modernisierungsoffensive 2 [kurz: MOF 2]) Sachstandsbericht der Verwaltung	
5	Lärmsanierungsprogramm an den Schienenwegen des Bundes Bericht der Verwaltung zur Maßnahmenumsetzung auf Kamener Stadtgebiet	
6	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

#### **B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Änderungsantrag der GWA "Umladestation für Hausmüll" in Heeren-Werve,  
Mühlhauser Straße  
Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Brüggemann** stellte kurz den parlamentarischen Werdegang zum Änderungsantrag der GWA „Umladestation für Hausmüll“ in Heeren-Werve dar. Die Stadt Kamen sei durch die Bezirksregierung Arnsberg aufgefordert worden, eine Stellungnahme zum Änderungsantrag der GWA abzugeben. In diesem Zusammenhang seien u. a. auch Gespräche zwischen dem Bürgermeister der Stadt Kamen und der Bürgerinitiative geführt worden und eine Stellungnahme abgegeben worden, die in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 27.09.2010 beschlossen worden sei. Diese Stellungnahme formulierte die Ablehnung des Antrages aus planungsrechtlichen Gründen. Am 28.09.2010 sei diese Stellungnahme der Bezirksregierung zugesandt worden. Neu sei nach der Sitzung vom 17.12.2010 die Position der Bezirksregierung, dass sie beabsichtige, das gemeindliche Einvernehmen zu ersetzen. Bereits in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 17.12.2010 sei mitgeteilt worden, dass die Kanzlei Baumeister & Partner in Münster beauftragt worden sei, ein Rechtsgutachten zur Thematik zu erstellen. Dies habe zu dem Sitzungstermin allerdings noch nicht vorgelegen. Zwischenzeitlich sei das Gutachten eingegangen und bestätige die Rechtsauffassung der Stadt Kamen. Die Argumentationen der Stadt Kamen würden durch die Rechtsanwälte gestützt. Dieses Rechtsgutachten sei als Bestandteil der erneuten Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der behördlichen Abstimmung der Bezirksregierung zugeleitet worden. In ca. 3-4 Wochen finde voraussichtlich ein Erörterungstermin auf Einladung der Bezirksregierung mit Beteiligung von Kreis Unna und Stadt Kamen statt. In der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 08.03.2011 werde dann darüber informiert. Sollte es weitere wichtige Detailinformationen bereits vor der nächsten Sitzung geben, würden die Fraktionen auf geeignete Weise – vermutlich telefonisch – informiert, so Herr Brüggemann.

Herr **Diederichs-Späh** teilte mit, dass es sich bei dem Änderungsantrag der GWA nach dem BImSchG lediglich um eine Zwischenlösung handele und fragte an, ob zwischenzeitlich ein endgültiger Antrag der GWA vorliege.

Herr **Brüggemann** verneinte das Vorliegen eines weiteren Antrages. Er referierte Herrn Bürgermeister Hupe insofern, als der Bürgermeister deutlich formuliert habe, die GWA sei gut beraten, die Fläche in Heeren-Werve nicht als frei entwickelbares Geschäftsfeld zu betrachten.

Herr **Eisenhardt** teilte die Hoffnung der Verwaltung, dass die Stellungnahme Berücksichtigung bei der Entscheidung der Bezirksregierung finde. Die Lebensqualität der Bürger in Heeren-Werve sei betroffen und das Thema solle oben auf der Agenda bleiben. Er bat darum, mit der Einladung zur Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 08.03.2011 eine Entwicklungsvorlage vorzulegen, um im Vorfeld zur Sitzung über eine Diskussionsgrundlage zu verfügen. Der Bericht der Verwaltung über den bisherigen Werdegang höre sich hoffnungsvoll an, und er wünsche sich, dass die Pläne der GWA in der beabsichtigten Form keine Umsetzung finden werden.

Herr **Lipinski** erwiderte, dass die Beibringung eines schriftlichen Zwischenberichts nicht üblich sei. Sofern eine geänderte Beschlussfassung durch den Ausschuss erforderlich werde, werde eine Beschlussvorlage vorgelegt werden. Darüber hinaus vertraue er auf die Zusage der Verwaltung, die Fraktionen zeitnah über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Herr **Brüggemann** stellte klar, dass die Fraktionen bereits sofort nach Eingang des Rechtsgutachtens in der Verwaltung telefonisch über den Tenor des Gutachten informiert worden seien. Die Bürgerinitiative sei ebenfalls laufend über den Verfahrensstand informiert worden. Darüber hinaus ist aufgrund der Bedeutung dieser Thematik die Aufnahme als Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses bisher erfolgt und werde künftig – auch auf Wunsch des Vorsitzenden – thematisiert werden.

Herr **Kasperidus** empfinde es als sinnig und vorteilhaft, wenn nochmals Gespräche mit der Bezirksregierung geführt würden, um erneut die Bürgerbegehren darlegen zu können.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei den Zuhörern der Bürgerinitiative für deren Interesse und sagte zu, weiterhin Informationen über die künftige Entwicklung zukommen zu lassen.

Zu TOP 2.

Aktueller Sachstand der Angebotsplanungen im Schienenkorridor Dortmund - Hamm - Kamen  
Bericht von Herrn Ressel, stellvertretender Geschäftsführer ZRL (Zweckverband Ruhr-Lippe)

siehe TOP 3

Zu TOP 3.  
002/2011

Stellungnahme der Stadt zum Nahverkehrsplan NWL (Nahverkehr Westfalen-Lippe)

Herr **Lipinski** begrüßte den stellvertretenden Geschäftsführer des Zweckverband Ruhr-Lippe (ZRL), Herrn Ressel.

Anhand einer Präsentation ging Herr **Ressel** in seinem ausführlichen Vortrag auf folgende wesentlichen Punkte ein:

- Organisationsstruktur (ZRL / NWL) → s. auch BV Nr. 2/2011 S. 1 u. 2
- Gegenüberstellung der Fahrpläne RE 1 u. RE 3 bis 11.12.2010 u. seit 12.12.2010 → Präsentation S. 3 u. 4
- Erläuterung des RE-Liniennetzes jeweils bis 11.12.2010 bzw. ab 12.12.2010 und Darstellung der Änderungen → Präsentation S. 5 bis 7
- Hintergründe der Umstellung ab 12.12.2010 mit Hinweis auf die im Vergleich zu anderen Regionen als komfortabel zu bewertende Verbindungsdichte → S. 8 der Präsentation
- Vorstellung des neuen RE-Konzeptes → S. 9
- Erläuterung der aktuellen Bahnstreckenkonstellation Dortmund-Kamen-Hamm mit Abfahrtsplänen an den Haltepunkten Kamen u. Methler Richtung Dortmund (→ S. 10 bis 12 der Präsentation)  
Diesbezüglich wies Herr Ressel auf die komfortable Anbindung des Haltepunktes Kamen (4 RE-Anbindungen pro Stunde) hin. Mit Blick auf die 4 vorhandenen ICE-Verkehre auf der Strecke Dortmund – Hamm

seien leider tlw. Haltepunkte in Methler, Scharnhorst und Nordböge bei der RE 11 weggefallen, da eine Beschleunigung der RE 11-Linie tlw. erforderlich geworden sei. Aufgrund der Ermittlung der aktuellen Fahrgastzahlen ab Methler und Kurl sei festgestellt worden, dass vom Haltepunkt Kurl geringfügig höhere Fahrgastzahlen zu verzeichnen seien und somit die Anfahrt des Haltepunktes Methler reduziert worden sei. Der Fernverkehr sei gegenüber dem Nahverkehr vorrangig zu bedienen.

- Vorstellung der eingesetzten Fahrzeuge (DB, Eurobahn) → S. 13 bis 15 der Präsentation
- Erläuterung der RRX-Konzeption als Projekt des Bundes und diesbezügliche Bewertung des NWL → Präsentation S. 16 u. S. 17
- Ziele des ZRL Nahverkehrsplanes bzw. NWL Entwurfs zum Nahverkehrsplan für die Bahnstrecke Dortmund – Kamen – Hamm → Präsentation S. 18
- Vorstellung der Planung des RE-Liniennetzes ab 12/2016 → Präsentation S. 19 u. 20

Herr Ressel teilte mit, dass im Rahmen dieser Planungen beabsichtigt sei, u. a. die Bahnsteige in Kamen und Methler auf 220 m zu verlängern. Ob diese Perspektive jedoch weiter verfolgt werden könne, sei u. a. von einem anhängigen Rechtsstreit zwischen DB und VRR bezüglich der Finanzierung abhängig.

- Darstellung der Umbaumaßnahmen am Bahnhof Kamen im Rahmen der Modernisierungsoffensive NRW (MOF 2) → S. 21 der Präsentation Baubeginn voraussichtlich Herbst 2011
- Vorstellung der Umbaumaßnahmen am Haltepunkt Methler → S. 22 der Präsentation

Herr Ressel wies darauf hin, dass die DB sich bereit erklärt habe, die erforderlichen Grundstücksflächen für die Verbreiterung zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen der Prüfung der Baumaßnahme durch das Eisenbahnbundesamt werde u. a. auch die erforderliche Beleuchtungsstärke festgelegt. Damit könne ggf. auch eine Erweiterung bzw. Erneuerung der Beleuchtung erforderlich werden. Für die Bahnsteigverbreiterung Richtung Hamm sei zwischenzeitlich eine engagierte Lösung gefunden worden – der auf städt. Grundstück befindliche Zaun sei versetzt worden.

Für den Info-Monitor (Bahnsteig Richtung Dortmund) laufe z. Zt. die Ausschreibung. Richtung Hamm sei jedoch von der DB lediglich ein Display mit Anzeige der verspäteten bzw. ausfallenden Züge vorgesehen.

Herr **Lipinski** dankte Herrn Ressel für den umfassenden und informativen Vortrag.

Herr **Krause** schloss sich den Ausführungen von Herrn Lipinski an. Durch den Vortrag von Herrn Ressel sei die Komplexität der Fahrplanerstellung deutlich geworden. Es sei begrüßenswert, dass der NWL eine abgestimmte Angebotsstruktur für die gesamte Region bereitstelle. Seiner Einschätzung nach sei für den Kamener Bahnhof eine Angebotsverbesserung mit dem neuen Fahrplan eingetreten. Eine Verbesserung solle jedoch auch für alle anderen Haltepunkte erreicht werden. Insbesondere in Methler fühlen sich die Bahnnutzer benachteiligt. Die langsamere Verbindung RE 3 nach Düsseldorf stelle keinen adäquaten Ersatz für den Wegfall der RE 1-Verbindung nach Düsseldorf dar. Die RE 11 halte nicht mehr in Düsseldorf. Um nach Düsseldorf zu gelangen, sei ein Umstieg in Duisburg erforderlich, wobei das Zeitfenster für den Umstieg zu knapp bemessen sei. Einige Fahrgäste

hätten bisher den Haltepunkt Methler fußläufig erreicht, würden jetzt jedoch aufgrund der schlechteren Verbindung nach Kamen fahren, um dort in den schnelleren Zug einzusteigen. Damit sei ein höherer Zeitaufwand verbunden.

In Bezug auf die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung zur Stellungnahme der Stadt Kamen zum Nahverkehrsplan NWL, erklärte Herr Krause, dass diese sehr umfassend und ausführlich sei und von seiner Fraktion mitgetragen werde. Er bat jedoch darum, in die Stellungnahme die Forderung aufzunehmen, dass die RE 1 am Haltepunkt Methler zumindest in den Ballungszeiten (morgens zwischen 5.30 Uhr und 8.30 Uhr sowie zwischen 16.30 u. 19.30 Uhr) stündlich wieder angeboten werde.

Herr **Diederichs-Späh** schloss sich den Ausführungen von Herrn Krause an. Er wies darauf hin, dass durch den schmalen und stark frequentierten Bahnsteig in Methler verschiedene Gefahrenpotentiale u. a. durch die fehlende Zugansage und den schmalen Sicherheitsstreifen gegeben seien. Abhilfe sei hier dringend u. a. durch die angesprochene Bahnsteigverbreiterung notwendig.

Im Vortrag von Herrn Ressel sei der Anstieg der Fahrgastzahlen und das umfangreiche Angebot auf der Strecke Dortmund – Hamm deutlich geworden, stellte Herr **Kissing** fest. Daher sei ein weiterer Ausbau der Infrastruktur dringend erforderlich, wie es in der Stellungnahme der Verwaltung bereits formuliert worden sei. Er erkundigte sich, in welchen zeitlichen Abständen der Nahverkehrsplan erstellt werde, welche Beteiligungsmöglichkeiten es gebe, seit wann der Entwurf der Verwaltung vorliege und welche Vorgaben der Kreis Unna gemacht habe.

Den Ausführungen von Herr Krause bezüglich der Anbindung der Linie RE 11 an Düsseldorf stimmte Herr **Ressel** zu, gab jedoch zu Bedenken, dass vom Haltepunkt Methler mit dem Zubringer RE 3 von Kamen nach Dortmund (Zeitfenster für Umstieg 8 Minuten) und von dort mit der RE 6 Düsseldorf erreicht werden könne. Eine Direktverbindung vom Haltepunkt Methler nach Düsseldorf wäre ideal und erstrebenswert. Nach umfassender Abwägung sei aufgrund der Vorgaben (Netzkapazitäten) und unter Berücksichtigung der für den Haltepunkt Methler vorliegenden Fahrgastzahlen jedoch dies derzeit nicht durchsetzbar. Die Verbindung um 5.31 Uhr halte wieder in Methler – hier hätten die Kundenbeschwerden aufgegriffen werden können. Zu den Einwendungen von Herrn Diederichs-Späh verwies er an die Regelungen durch das Eisenbahnbundesamt. Hier könne ggf. zusätzliches Engagement zielführend sein. In Bezug auf die Anfrage von Herrn Kissing informierte Herr Ressel, dass der vor 3 Jahren gegründete Zweckverband NWL nunmehr erstmals einen Nahverkehrsplan aufstelle. Der Nahverkehrsplan des ZRL stamme aus 2007, der des VRR sei 2010 aktualisiert worden. Das Rheinland habe keinen Nahverkehrsplan. Eine Aktualisierung des Nahverkehrsplans des NWL sei derzeit alle 5 bis 7 Jahre angedacht. Eine zwingende gesetzliche Vorgabe gebe es nicht. Mit einem Beschluss des Nahverkehrsplans durch den NWL könne voraussichtlich bis Sommer 2011 gerechnet werden. Der NWL lege Wert auf eine gründliche Erarbeitung und stehe nicht unter Zeitdruck.

Auf Nachfrage von Herrn **Kloß** zur Beleuchtung am Haltepunkt Methler, wies Herr **Ressel** nochmals darauf hin, dass die Entscheidung des Eisenbahnbundesamtes abzuwarten sei.

Durch die Auslastung der Strecke Dortmund – Hamm (4 RE-Verbindungen pro Stunde, Fernzüge, Güterzüge) sei die Bahnschranke Südkamener Straße teilweise bis zu 27 Minuten geschlossen, informierte Frau **Hartig**. Seitens der DB sei die Aussage getroffen worden, dass die Beseitigung des Bahnüberganges und die Errichtung eines Trogbauwerkes für 2012 vorgesehen sei. Zwischenzeitlich ergebe sich jedoch das Problem, dass Südkamen z. B. durch eine Sperrung der Hochstraße nicht unmittelbar erreichbar, sozusagen abgeschnitten sei. Sie bat Herrn Ressel darum, diese Problematik, trotz fehlender Zuständigkeit, bei den entsprechenden Stellen vorzutragen.

Herr **Kühnapfel** zeigte sich irritiert, dass in der Stellungnahme der Stadt Kamen auf die Beseitigung des BÜ Südkamener Straße nochmals eingegangen werde, da dies doch bereits planfestgestellt worden sei.

Zur Nachfrage von Herrn Kissing bezüglich der zeitlichen Abläufe erläuterte Herr **Liedtke**, dass die Einbringung in die Verbandsversammlung des NWL im September 2010 erfolgt sei. Danach sei der Kreis Unna durch den NWL beteiligt worden. Die Stadt Kamen werde formal nicht beteiligt. Seitens des Kreises Unna seien jedoch die kreisangehörigen Gemeinden gebeten worden, eine Stellungnahme bis 08.02.2011 abzugeben.

Durch die dichte und enge Zugfolge sowie die lärmintensiveren Güterverkehre sei die Lärmbelastung auf der Strecke Dortmund – Hamm sehr hoch, führte Herr **Diederichs-Späh** aus. Er erkundigte sich nach den Verfahrenseinzelheiten und ob es eine Umleitungsstrecke für Güterverkehre gebe.

Herr **Ressel** erwiderte, dass er keine Informationen über Güterverkehre geben könne. Bei der Verteilung von Netzressourcen würden zunächst die Anfragen durch die einzelnen Verkehrsunternehmen für Strecken u. Zeiten bei der DB Netz angemeldet. Dies erfolge z. B. im April bereits für den Fahrplan ab 2. Sonntag im Dezember. Die Einspeisung der Anmeldungen erfolge durch die DB-Netz AG. Diese gebe auch eine entsprechende Rückmeldung. Ende August erfolge i. d. R. die Bestätigung der Trassenannahme. Nicht berücksichtigt sind Bedarfsverkehre wie z. B. Güterzüge. Diese würden tlw. erst wenige Tage vorher angemeldet. Baumaßnahmen seien meist frühzeitig bekannt und würden in den Fahrplan eingestellt. Wobei er darauf hinwies, dass die Kosten für Ersatzverkehre (z. B. Buseinsatz), die durch die Verkehrsanbieter einzurichten seien, letztlich zu Lasten der Steuerzahler gehen würden.

Herr **Brüggemann** schlug vor, die Forderung der SPD-Fraktion zum Haltepunkt Methler sowie die Forderungen aus dem Initiativantrag der CDU-Fraktion – bis auf Pkt. 4 – zu überformen und inhaltlich in die Stellungnahme der Stadt Kamen zum Nahverkehrsplan des NWL aufzunehmen.

Herr **Kissing** erklärte, dass er eine Aufnahme des Initiativantrages, entsprechend durch die Verwaltung formuliert, in Textform wünsche. Des Weiteren werde der Vorschlag der SPD auch von der CDU mitgetragen, so dass einer Aufnahme in die Stellungnahme zugestimmt werde.

## **Beschluss:**

Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt, die in der Beschlussvorlage unter Stellungnahme der Verwaltung gemachten Ausführungen als Stellungnahme der Stadt Kamen im Rahmen der Beteiligung an der Aufstellung des Nahverkehrsplanes des NWL, ergänzt um die Forderungen der SPD-Fraktion zum Haltepunkt Methler sowie die Forderungen aus dem Initiativantrag der CDU-Fraktion – ausgenommen Pkt. 4 des Antrages.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Abschließend stellte Herr **Ressel** nochmals klar, dass der NWL als Besteller der Nahverkehrsleistungen fungiere und keine Verträge mit DB-Netz und DB Station und Service unterhalten würde. Es würden lediglich Verträge zwischen dem NWL und den Zugbetreibern (z. B. Eurobahn) geschlossen. Auch das Thema Lärmschutz liege nicht im Zuständigkeitsbereich des NWL, sondern liege bei der DB-Netz AG als Eigentümer.

Zu TOP 4.

Umbaumaßnahmen Kamener Bahnhof (Modernisierungsoffensive 2 [kurz: MOF 2])  
Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Breuer** stellte die im Rahmen der Modernisierungsoffensive (kurz: MOF 2) vorgesehenen Umbaumaßnahmen anhand der vorliegenden Pläne (→ Präsentation S. 5 u. 6) wie folgt vor:

- Fahrstuhlinstallation (2,20 m lang, geeignet auch für Fahrrad- u. Kinderwagentransport) hinter der Treppeneinhausung, dadurch Verschmälerung der Treppenanlage um ca. 1 m
- Erneuerung der Treppeneinhausungen
- Ertüchtigung des Tunnels
- Erhöhung des Hausbahnsteiges mit Rücksicht auf das denkmalgeschützte Gebäude (Abstufung s. Querschnitt)
- Erneuerung des Bodenbelages auf dem Mittelbahnsteig (rutschfest)
- Wetterschutz bleibt erhalten
- Errichtung eines weiteren Wartehäuschens
- Modernisierung der Beleuchtung
- Behindertengerechter Ausbau (u. a. Rampen, Tastfelder)
- Zeitschiene: Pläne liegen dem Eisenbahnbundesamt zur Genehmigung vor. Umsetzung ggf. ab Herbst 2011.

Herr **Lipinski** bedankte sich bei Herrn Breuer für die Ausführungen.

Herr **Kissing** fragte an, ob die Bedachung auf dem Mittelbahnsteig erneuert werde.

Herr **Breuer** entgegnete, dass dies nicht vorgesehen sei. Das Dach sei derzeit dicht und im Rahmen des Unterhaltungsaufwandes sei kürzlich ein neuer Anstrich erfolgt.

Zu TOP 5.

Lärmsanierungsprogramm an den Schienenwegen des Bundes  
Bericht der Verwaltung zur Maßnahmenumsetzung auf Kamener Stadtgebiet

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass zuletzt zu diesem Thema im Planungs- und Umweltausschuss am 27.09.2010 berichtet worden sei. Die Stellungnahme des Planungs- und Umweltausschusses zu den Bauentwürfen wurde an die DB weitergeleitet. Die Ausbaupläne würden sich jetzt zur Genehmigung beim Eisenbahnbundesamt befinden. In diese Planungen seien die Anregungen der Stadt Kamen bezüglich der 5-Bogen-Brücke (keine Ständer und Pfosten im Bereich der Bögen) und im Bereich Kamen-Mitte Hochstraße/Bahnhof (Gabionen statt Lärmschutzwände) aufgenommen worden. Nach Einschätzung von Herrn Liedtke könnte die Gabionenlösung ggf. vom Eisenbahnbundesamt kritisch gesehen werden. Insgesamt bleibe die Genehmigung des Eisenbahnbundesamtes abzuwarten. Er erläuterte die Planungen anhand der Lagepläne (→ Präsentation S. 8 bis 12) sowie der Detailansichten (→ Präsentation S. 13 u. 14).

Auf Nachfrage von Herrn **Naujoks** erläuterte Herr **Liedtke**, dass bei Ablehnung der Gabionenlösung durch das Eisenbahnbundesamt lediglich normale Lärmschutzwände installiert würden.

Herr **Kissing** erkundigte sich, ob technische Darstellungen der Gabionenlösung vorliegen würden.

Herr **Liedtke** verneinte dies.

Insgesamt beurteilt Herr **Krause** die Vorhaben der Bahn bezüglich des Lärmschutzes positiv. Allerdings würde dies ggf. gestalterische Einschnitte für das Wohnumfeld (Ausmaß und Gestaltung der Lärmschutzwände) bedeuten. Er erkundigte sich, ob die Planungen der Öffentlichkeit vorgestellt werden könnten.

Herr **Liedtke** erwiderte, dass die Planungen ausschließlich von der Bahn betrieben würden. Seitens der Verwaltung werde diese Anregung der vorgeschalteten Bürgerinformation an die Bahn weitergeleitet.

Mit Blick auf die Information der Öffentlichkeit bat Herr **Brüggemann** die anwesenden Vertreter der Lokalpresse in geeigneter Weise zu berichten.

Hinsichtlich des zeitlichen Ablaufes sei mit dem Abschluss des Genehmigungsverfahrens in 2011 und einem Baubeginn in 2012 zu rechnen, ergänzte Herr **Liedtke**.

Bei aller Freude über die Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren stellen die Lärmschutzwände in ihrer Architektur nicht die erste Wahl dar, auch wenn die Farbe ausgesucht werden könne, stellte Herr **Kissing** fest. Der Vorschlag von Herrn Diederichs-Späh insbesondere mit Blick auf Graffitiverunstaltungen und Optik, eine Gabionenlösung zu favorisieren, begrüßte Herr **Kissing**. Er appellierte an die Verwaltung, gegenüber der Bahn weiterhin die Gabionenlösung zu favorisieren, um ein Maximum an städtebaulicher Gestaltung zu erreichen.

Zu TOP 6.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

### 6.1 Mitteilung der Verwaltung

Herr **Brüggemann** verwies auf die Mitteilungen aus der Anlage zur Einladung.

### 6.2 Anfragen

6.2.1 Herr **Kühnapfel** wies auf die, mit der Sperrung der Dortmunder Straße (ab Einmündung Afferder Straße) einhergehenden Belastungen (Verkehrszunahme, Überfahren der Bankette, Beschädigung von 2 Bäumen) für die Afferder Straße hin. Er bat darum, nach Möglichkeiten nach einer Entschärfung dieser Belastungen zu suchen. Da es sich um eine Kreisstraße handele, wurde ihm zugesagt, mit dem Kreis Rücksprache zu nehmen.

Mitteilung der Verwaltung zur Niederschrift:

Nach Auskunft von Herrn Busch, Straßen NRW, zuständige Straßenmeisterei, sei die Ausweisung der Umleitungsstrecke Afferder Straße / Wasserkurler Straße / Massener Straße mit dem Kreis Unna sowie der Bezirksregierung abgestimmt. Es handele sich um geeignete, klassifizierte Straßen für die Einrichtung einer solchen Umleitungsstrecke. Momentan werden der Straßenzustand der Dortmunder Straße und der Umfang der auszuführenden Arbeiten zur Vorbereitung der Ausschreibung für die Baumaßnahme Dortmunder Straße ermittelt. Nach erster Einschätzung rechnet Herr Busch damit, dass die notwendigen Bauarbeiten bis Mai/Juni 2011 abgeschlossen sein werden (Dauer der Bauarbeiten ca. 4 bis 5 Wochen) und die Dortmunder Straße dann wieder zur Verfügung stünde.

6.2.2 Des Weiteren erinnerte Herr **Kühnapfel** an die nachfolgende Anfrage von Herrn Mork in der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 07.10.2010:

„Zur Durchführung von Pflegemaßnahmen am Graben Waldstraße/Jägerweg, bat Herr **Mork** darum, diese auf den Herbst (September/Oktober) zu beschränken. Der Graben sei u. a. ein wichtiger Lebensraum für Amphibien. Er bat, dies zu berücksichtigen. Darüber hinaus berichtete er von Entwässerungsproblemen der Anwohner, die u. a. damit zusammen hängen könnten, dass das Mähgut nicht vollständig abgefahren worden sei.“

Herr **Liedtke** sagte eine Beantwortung dieses Punktes mit der Niederschrift zu.

Zwischenzeitlich ist vereinbart, dass der Eigenbetrieb Stadtentwässerung Kamen mit Blick auf die Örtlichkeit mit Herrn Mork Kontakt aufnehmen wird.

6.2.3 Eine illegale Müllabladung sei im Waldstück an der Waldstraße beobachtet worden, teilte Herr **Kühnapfel** mit. Eine entsprechende Meldung an die Stadt Kamen sei erfolgt. Er bat um Mitteilung des weiteren Vorgehens durch die Stadt Kamen.

Herr **Brüggemann** sagte eine Beantwortung dieses Punktes mit der Niederschrift zu.

Zur möglichen Verfolgung einer Ordnungswidrigkeit sind innerhalb der Verwaltung noch weitere Recherchen erforderlich. Sollte noch hinlänglich Beweismaterial zusammengeführt werden können, werde ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet werden.

- 6.2.4 Herr **Diederichs-Späh** berichtet von ungeordnetem Parken außerhalb der Parkboxen auf der Hilsingstraße zwischen Germaniastraße und Haferfeld.  
Dazu entgegnete Herr **Lipinski**, dass dies zuständigkeitshalber an den Straßenverkehrsausschuss weitergegeben werde.

- 6.2.5 Frau **Schaumann** erkundigte sich, wann eine Temporeduzierung (Tempo 30) auf der Unnaer Straße erfolge und zu welchen Ergebnissen die Lärmmessungen auf der Hochstraße geführt hätten.

Herr **Brüggemann** verwies bezüglich möglicher Geschwindigkeitsreduzierungen und Auswertung von Verkehrsmessungen zuständigkeitshalber an den Straßenverkehrsausschuss, der dies in der Sitzung am 14.03.2011 thematisiere. Im Rahmen der Verkehrsmessungen seien lediglich Verkehrsmengen und Geschwindigkeiten im Bereich der Unnaer Straße und der Lünener Straße ermittelt worden. Die Auswertungen seien noch nicht abgeschlossen. Im Bereich der Hochstraße sei keine Lärmmessung erfolgt.

Ergänzend führte Herr **Liedtke** aus, dass es sich bei dem Verfahren im Rahmen der Aufstellung des Lärmaktionsplanes lediglich um ein Berechnungsverfahren gehandelt habe, dem keine realen Messungen zugrunde liegen würden.

- 6.2.6 Herr **Slomiany** erkundigte sich, wann mit den Bauarbeiten am Feuerwehrgerätehaus in Methler, Bunte Kuh, begonnen werde und ob mit Beeinträchtigungen und Nutzungskonflikten bei Veranstaltungen auf der Festwiese zu rechnen sei (Beispiele: Veranstaltungen des örtlichen Schützenvereins) oder diese sogar abgesagt werden müssten.

Der Baubeginn sei für April 2011 vorgesehen, erklärte Herr **Brüggemann**. Ein Bauzeitenplan werde z. Zt. erstellt. Die Verwaltung werde versuchen, Bauabläufe so zu koordinieren, dass die Beeinträchtigungen möglichst gering blieben.

- 6.2.7 Auf Nachfrage von Herr **Standop**, weshalb der Westring nicht in den Untersuchungsbereich für die ergänzenden Messungen zum Luftreinhalteplan aufgenommen worden sei, erwiderte Herr **Liedtke**, dass der Westring im Vergleich zu den anderen Bereichen weniger Verkehr aufweise. Sollte es jedoch erforderlich werden, weitere Untersuchungsbereiche aufzunehmen, sei dies nicht ausgeschlossen.

- 6.2.8 Mit Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 02.11.2010 zur Weiterentwicklung von Telekommunikationsnetzen und Mobilfunktechnologien im Stadtgebiet bat Herr **Kissing** um eine Mitteilung zum Sachstand.

Da zu dem Thema gem. Antrag in einer der nächsten Sitzungen berichtet werden solle und derzeit durch die Verwaltung Stellungnahmen bei den Versorgern angefordert worden seien, diese noch nicht vorliegen würden, werde die Verwaltung zu gegebener Zeit das Thema aufgreifen, erklärte Herr **Liedtke**.

6.2.9 Frau **Hartig** erkundigte sich, ob der Verwaltung Einzelheiten zur beabsichtigten weiteren Nutzung der Autobahnpolizeistation Dortmunder Allee bekannt sei. Seitens der SPD regte sie an, diese Fläche als Wohnen für Senioren und/oder Studenten zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Liedtke** auf die Zuständigkeit des Bau- und Liegenschaftsbetriebes des Landes als Eigentümer für die Vermarktung und Nachnutzung hin. Da sich das unter Denkmalschutz stehende Gebäude im Eigentum des Landes befinde, sei die Bezirksregierung als Denkmalbehörde zu beteiligen. Grundsätzlich sei „Wohnen“ sicherlich nicht ausgeschlossen.

Herr **Standop** regte an, im Rahmen der Abschaltung der Straßenbeleuchtung auf der Hochstraße, doch zumindest die Wartehäuschen der VKU aus Sicherheitsgründen weiter zu beleuchten.

Dazu erklärte Herr **Neunert**, dass während der Probephase Hinweise und Anregungen gesammelt werden. Sollte die Beleuchtung im März endgültig abgeschaltet werden, werde die Beleuchtung der Wartehallen über die eine, vorhandene Mastleuchte erfolgen.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Lipinski** bedankte sich bei den Ausschussmitgliedern für die Aufmerksamkeit und schloss die Sitzung um 19.15 Uhr.

gez. Friedhelm Lipinski  
Vorsitzender

gez. Uwe Liedtke  
Schriftführer